

Wahlen in Argentinien: Niederlage, Rezession und Politikverdrossenheit; kann Präsident De La Rúa weiter regieren?

Ferraro, Agustin E.; Llanos, Mariana

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ferraro, A. E., & Llanos, M. (2001). *Wahlen in Argentinien: Niederlage, Rezession und Politikverdrossenheit; kann Präsident De La Rúa weiter regieren?* (Brennpunkt Lateinamerika, 20). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443472>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 20

30. Oktober 2001

ISSN 1437-6148

Wahlen in Argentinien. Niederlage, Rezession und Politikverdrossenheit: Kann Präsident De La Rúa weiter regieren?

Agustin Ferraro / Mariana Llanos

Die Wahlen vom 14. Oktober brachten der regierenden Koalition eine herbe Niederlage ein. Für den Präsidenten war das Wahlergebnis paradoxerweise nicht völlig unerfreulich, denn sowohl seine eigene Partei (UCR) als auch der Koalitionspartner (FREPASO) unterstützen ihn kaum oder nur zögerlich, so dass er teilweise auf andere politische Kräfte angewiesen ist. Kann De La Rúa seine politische Isolation überleben? Die Regierung will jedenfalls die relativ hohe Zahl der Nichtwähler als ein Zeichen dafür interpretieren, dass „alle Politiker“ potenzielle Verlierer sind und nicht nur der Präsident. Inzwischen verschärft sich die Wirtschaftskrise und der Vertrauensverlust Argentinien wird ohne eine starke politische Führung nicht zu überwinden sein. Was kann De La Rúa tun, bevor es zu spät ist?

Bilanz der Wahlen

Am 14. Oktober wurden in Argentinien sowohl Abgeordnete als auch Senatoren für den Bundeskongress gewählt. Die Abgeordnetenversammlung wird seit der (Re-)Demokratisierung 1983 alle zwei Jahre zur Hälfte (diesmal 127 von 257 Mitgliedern) „erneuert“. Die Wahl zum Senat war dagegen außergewöhnlich, denn die Senatoren wurden aufgrund der Verfassungsreform aus dem Jahr 1994 zum ersten Mal direkt von den Bürgern und nicht wie bisher von den Landesvertretungen gewählt. Nach diesem neuen Wahlsystem mussten somit erstmals alle 72 Senatorenposten gleichzeitig neu besetzt werden. Nach der Reform werden drei Senatoren direkt in jeder Provinz und in der Hauptstadt Buenos Aires gewählt

(zwei für die Mehrheit und einer für die Minderheit). Die Amtszeit beträgt nun sechs Jahre und der Bundessenat erneuert sich demnach alle zwei Jahre zu einem Drittel.

Die Wahlergebnisse für beide Kammern sind **eine eindeutige Niederlage** für die Regierungskoalition („Allianz“) des Präsidenten Fernando De La Rúa, die 1999 zwischen *Unión Cívica Radical* (UCR) und *Frente País Solidario* (FREPASO) gebildet wurde. Die UCR, eine der zwei großen Volksparteien Argentinien, wurde Ende des 19. Jahrhunderts gegründet und vertritt seit Jahrzehnten eine sozialdemokratische Richtung (sie ist Mitglied der Sozialistischen Internationale). FREPASO wurde Mitte der 1990er Jahre als eine linke Protestpartei gegründet. Unter der Lei-

tung des ehemaligen Vizepräsidenten Carlos „Chacho“ Alvarez hatte diese Partei den Kampf gegen die Korruption und gegen die Frivolität der Menem-Ära auf ihr Banner geschrieben. Die Allianz gewann die Präsidentschaftswahlen 1999 mit der Formel De La Rúa (UCR) – Alvarez (FREPASO).

Die andere große Volkspartei Argentiniens ist der Partido Justicialista (PJ), auch als „Peronistische Partei“ oder „die Peronisten“ bekannt, die von Juan Domingo Perón Mitte des 20. Jahrhunderts gegründet wurde. Bis Anfang der 1990er Jahre wurden die Peronisten von den nationalistischen und staatsmonopolistischen Prinzipien ihres Gründers, der 1974 starb, inspiriert. Seitdem unterstützt die Partei eine neoliberale Wirtschaftspolitik und orientiert sich außenpolitisch an den USA, eine ideologische Erneuerung, die von dem ehemaligen Präsidenten Menem (1989-1999) eingeführt wurde.

Nach den vorläufigen Wahlergebnissen, die vom Innenministerium bekannt gegeben wurden, erreichten die Peronisten am 14. Oktober im Bundesdurchschnitt zwischen 35% und 40% der Stimmen, während die Regierungskoalition zwischen 22% und 23% der Stimmen auf sich vereinte. Die Peronisten erhielten somit kaum ein besseres Wahlergebnis als 1999 (damals 33%). Trotzdem reichte es diesmal für einen klaren Sieg. In Anbetracht eines Stimmenverlustes von

nahezu 50% in zwei Jahren – 1999 erhielt die Allianz im Bundesdurchschnitt 44% – ist die Lage der Regierung äußerst kritisch. Argentiniens politisches System wird jedoch von einer präsidentialen Verfassung bestimmt. Im Unterschied zu einer parlamentarischen Demokratie soll und muss der Präsident bis zum Ende seiner Amtszeit (2003) weiter regieren, obwohl er nur noch über **eine Minderheit in beiden Kammern** verfügt. Ein Rücktritt des Präsidenten vor Ende seines Mandats wird als eine der schlimmsten politischen Krisen im Rahmen eines Präsidentsystems wahrgenommen.

Die Peronisten haben 17 der 24 Wahlkreise auf Bundesebene gewonnen (Jede der 23 Provinzen und die Hauptstadt Buenos Aires sind Wahlkreise). Im Abgeordnetenhaus werden sie damit zur größten Fraktion und erhalten 116 von 257 Sitzen. Im Senat haben sie ihre absolute Mehrheit ausgebaut und verfügen nun über 40 von 72 Sitzen. **Präsident De La Rúa ist insofern eine „lame duck“ geworden.** Will er ein Gesetzesentwurf vom Kongress verabschieden lassen, muss er sich auf jeden Fall die Unterstützung der Opposition sichern. Somit ist klar, dass der Präsident nur durch punktuelle Kompromisse oder am besten mittels einer langfristigen Koalition mit den Peronisten weiter regieren kann.

Dissidenz und Wahlenthaltung. Verschiedene Interpretationen

In den beiden folgenden Tabellen wird die Zusammensetzung der beiden Kammern vor und nach der Wahl am 14. Oktober verglichen.

Abgeordnetenhaus

	Alter Stand (nach den Wahlen vom 24.10.1999)	Neuer Stand (ab 10.12. 2001)
Peronisten	99	116
Allianz (UCR, Frepaso u. a.)	129	87
A.R.I. (Abspaltung von UCR und Frepaso)		17
Acción por la República (Cavallo-Partei)	12	9
Andere	17	28
Gesamt	257	257

Quelle: <http://www.guiaelectoral.com.ar/>.

In Bezug auf das Unterhaus muss angemerkt werden, dass bereits in diesem Jahr einige Abgeordnete der Allianz die Regierungsfraktion verlassen haben. Die Verluste der Regierungsfraktion sind daher nicht nur eine Folge der Wahlen vom 14. Oktober, sondern auch der früheren Austritte innerhalb der Fraktion. Unter der Führung von Elisa Carrió (UCR) spalteten sich 13 Abgeordnete der regierenden Allianz unter dem Namen *Alternativa por una República de Iguales* (ARI) ab, die sich mit der zögerlichen Korruptionsbekämpfung und insbesondere mit der Wirtschaftspolitik der Regierung unzufrieden zeigten.

ARI stellte am 14. Oktober eigene Kandidaten auf und gewann 17 Sitze in der Abgeordnetenkammer und einen Sitz im Senat. Im Bundesdurchschnitt bekam die ARI 8% der Stimmen und ist damit **die drittgrößte politische Kraft in Argentinien** geworden. *Acción por la República* (AR), die kleine und relativ neue Partei des zur Zeit amtierenden Wirtschaftsministers Domingo Cavallo (der diesen Posten schon unter Menem 1991-1996 innehatte), hat unter dessen Popularitätsverlust gelitten und kam landesweit nur auf 1,5%-2% der Stimmen.

Senat

	Alter Stand (nach den Wahlen vom 24.10.1999)	Neuer Stand (ab 10.12.2001)
Peronisten	39 + 4 außerhalb der Fraktion	40
Allianz	21 (UCR: 20, Frepaso: 1)	25 (UCR: 24, Frepaso: 1)
ARI		1
Provinzparteien	9	6
Gesamt	72	72

Quelle: <http://www.guiaelectoral.com.ar/>.

Der argentinische Senat wird seit der (Re-)Demokratisierung von den Peronisten beherrscht. Die UCR verfügt trotz der schlechten Wahlergebnisse über mehr Senatorenposten als vorher, denn das neue Wahlverfahren begünstigte die Minderheiten in den Provinzen. Im neuen Wahlsystem werden in jeder Provinz und in der Hauptstadt je zwei Senatoren für die Mehrheit und einer für die Minderheit gewählt. Die UCR hat auf diese Weise einen Senatsitz in einigen Provinzen bekommen, wo nach dem alten Wahlrecht nur die peronistische Mehrheit zwei Senatoren entsandt hätte. Interessant ist auch, dass nach dem neuen Wahlrecht ein Drittel der Senatorensitze von Frauen besetzt werden müssen. Dementsprechend gibt es jetzt 19 Senatorinnen (im alten Senat waren es nur vier).

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen in den letzten 18 Jahren. Der relative Zuwachs der Nichtwähler wurde in den letzten Monaten von einigen argentinischen Medien immer wieder betont und als **Zeichen von Politikverdrossenheit** bewertet. Diese Interpretation wurde von der Regierung selbst eifrig aufgegriffen und verbreitet. Alle Kandidaten, wie der Präsident aufrichtig beteuerte, seien in diesem Sinne „Verlierer“ der

Wahlen. Die Zahlen stützen diese Auslegung jedoch nur teilweise. Die Wahlbeteiligung ist in der Tat etwas niedriger ausgefallen, im Vergleich zu anderen Ländern mit längerer demokratischer Tradition bleibt sie jedoch ziemlich hoch. In den USA ist eine Wahlbeteiligung unter 60% keine Seltenheit und in Europa übersteigt sie nur selten 75%.

Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen

Jahr	Prozentsatz
1983	81.3
1985	80.9
1987	82.5
1989	82.3
1991	78.2
1993	76.6
1995	80.2
1997	77.6
1999	76.4
2001	74

Quelle: <http://www.nuevamayoria.com/>.

In Argentinien besteht darüber hinaus Wahlpflicht. Diese höchst umstrittene Verpflichtung empfinden manche Bürger als eine paternalistische Institution, wodurch der Bürger vom Staat „zur eigenen demokratischen Freiheit“ **gezwungen** wird (ein Widerspruch in sich!). Die Wahlenthaltung wird demnach von einigen politischen Gruppierungen als Protest gegen die Wahlpflicht geradezu gefördert. Wenn man bedenkt, dass Strafen für Nichtwähler zwar selten verhängt werden, im Grunde jedoch nicht belanglos sind (3 Jahre Arbeitsverbot im öffentlichen Dienst u.a.m.), ist dieser Akt eine Form zivilen Ungehorsams, die hohes Engagement und Zivilcourage verlangt. Ein derartiger ziviler Ungehorsam drückt gewiss keine politische Indifferenz aus und stellt auf keinen Fall einen Protest gegen das demokratische Regime dar (wie es einige Interpretationen nahe legen), er richtet sich vielmehr gezielt gegen die Institution der Wahlpflicht, deren demokratische Legitimität mehr als fragwürdig ist.

Laut einer Umfrage (La Nación 21.10.2001) sind 67% der Bürger gegen die Wahlpflicht, deren Unbeliebtheit auch an dem hohen Prozentsatz der ungültigen Stimmzettel (12,9%) deutlich wurde. Viele der vorher erwähnten Gruppierungen haben nicht nur zur Wahlabstinenz sondern auch zur **absichtlichen Annullierung des eigenen Stimmzettels** aufgerufen. Auf diese Weise kann sich der Bürger, der eine eventuelle Strafe vermeiden will, der Stimme enthalten: Es wird ein Wahlzettel abgegeben, auf dem z. B. die Namen der Landesväter des 19. Jahrhunderts stehen. Solche Wahlzettel wurden vor einigen Wahllokalen von Demonstranten verteilt (sie sind auch im Internet erhältlich). Eine absichtlich annullierte Stimme kann – wohl wegen einer Gesetzeslücke – nicht bestraft werden.

Die Wahlniederlage und der Führungsstil des Präsidenten

Seit mindestens drei Jahren erlebt Argentinien eine schwere Wirtschaftskrise, die durch eine anhaltende Rezession und extrem hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist.¹ In diesem Jahr hat sich die Lage durch eine schwerwiegende Finanzkrise zusätzlich verschlechtert, da die Zahlungsfähigkeit des Staates angesichts der hohen Auslandsverschuldung in Frage gestellt wurde. Die Glaubwürdigkeit Argentinien auf den inter-

nationalen Finanzmärkten wurde durch die Vertrauenskrise dauerhaft erschüttert.

Die Antwort der Regierung auf die Vertrauenskrise besteht in einer Politik des „Null Defizits“, die mit Unterstützung der Opposition als Gesetz verabschiedet wurde, und eine automatische und proportionale Anpassung der Staatsausgaben an die Steuereinnahmen vorschreibt. Der Staat kann mit anderen Worten keine neuen Kredite aufnehmen, sondern muss seine Ausgaben ausschließlich durch Steuereinnahmen decken. Das „Null-Defizit-Gesetz“ ermöglichte ein neues Abkommen mit dem IWF und die Bereitstellung eines finanziellen Hilfspakets, das die Zahlungsfähigkeit des Staates für dieses Jahr sichern soll. In der Öffentlichkeit wirkte sich jedoch vor allem die drastische Senkung der Staatsausgaben aus, die das Gesetz vorschreibt: Die Gehälter im öffentlichen Dienst und die Renten wurden um 13% herabgesetzt. Angesichts sinkender Steuereinnahmen sind **neue Kürzungen der Gehälter und Renten** so gut wie sicher.

Das Abkommen mit dem IWF beinhaltet außerdem die Verpflichtung Argentinien zu einer Haushaltsreform der Provinzen, die mehrheitlich schwer gegen Defizit und Verschuldung zu kämpfen haben. Die hohen Ausgaben der Provinzen werden durch ihre Beschäftigungspolitik verursacht, die wie ein informelles Sozialnetz funktioniert. Die Unzufriedenheit der Angestellten des Bundesstaates wird sich früher oder später auch unter den Angestellten der Provinzen verbreiten, da im Zuge der Haushaltsreform die Arbeitslosigkeit steigt und sich die ohnehin schlechten Arbeitsbedingungen verschärfen.

Die Sparpolitik der Regierung hat angesichts von Rezession, Arbeitslosigkeit und immer schlechteren Lebensbedingungen zur Frustration der Bürger beigetragen. Der Wahlsieg der Allianz 1999 war durch die allgemeine Hoffnung gekennzeichnet, dass der Machtwechsel nicht nur einen neuen Stil der politischen Transparenz, sondern auch eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der steigenden Armut mit sich bringen würde. Denn die Regierung Menems (1989-1999) hatte nicht nur verschiedene unaufgeklärte Korruptionsskandale, sondern auch eine enorme *deuda social* (soziale Verschuldung) hinterlassen. Die anhaltende Wirtschaftskrise und die nur zögerliche Bekämpfung der Korruption machten diese Hoffnungen zunichte. Dies ist eine der wichtigsten Ursachen für die Wahlniederlage der Regierung am 14. Oktober.

Zum Popularitätsverlust des Präsidenten kam der Verlust an politischer Unterstützung. Die Allianz, die ihn als Präsidentschaftskandidat auf-

¹ Für mehr Hintergrundinformationen zur Wirtschaftskrise und politischen Situation Argentinien Anfang 2001, siehe A. Kern / D. Nolte (Brennpunkt Lateinamerika 03-01).

gestellt hatte, hat sich von der Regierung teilweise distanziert. Insbesondere die eigene Partei des Präsidenten, die UCR, hat an erster Stelle seine Wirtschaftspolitik, aber auch andere seiner politischen Entscheidungen öffentlich kritisiert.

Mit dem zweiten Koalitionspartner in der Allianz, FREPASO, hatten die Schwierigkeiten schon im letzten Jahr begonnen. Der Kampf gegen die Korruption und die „Frivolität“ der Menem-Ära war ein wesentlicher Bestandteil des Regierungsprogramms und die FREPASO hatte sich dieses Versprechen schon längst auf ihr Banner geschrieben. Nun wurden im Juli 2000 aus den Reihen der Senatoren Vorwürfe laut, die Abstimmung über ein Gesetz zur Arbeitsreform sei „gekauft“ worden. In Verdacht gerieten zunächst 20 Senatoren, einige traten zurück. Zwei Vertreter der Regierung wurden durch den Skandal belastet. Anfang Oktober kündigte Präsident De La Rúa eine Kabinettsumbildung an, wodurch die zwei kompromittierten Regierungsmitglieder in ihrem Amt bestätigt bzw. auf einen anderen Ministerposten gesetzt wurden. Der Vorsitzende der FREPASO und amtierende **Vizepräsident, Carlos „Chacho“ Alvarez, trat am nächsten Tag zurück.** Die Allianz blieb trotzdem bestehen, sie verlor jedoch immer mehr an politischer Bedeutung. Den letzten Wahlergebnissen nach zu urteilen, scheint ihre endgültige Ablösung bevorzustehen. Bereits während der Wahlkampagne sind einige der Kandidaten von FREPASO eher als Opposition aufgetreten.

Gegenüber seiner eigenen Partei (UCR) ist die Lage des Präsidenten nicht viel günstiger. Zwei einflussreiche Kabinettsmitglieder der UCR sind aus Protest gegen die Politik des Präsidenten zurückgetreten: Kabinettschef Terragno im Oktober 2000 (wenige Tage nach dem Rücktritt des Vizepräsidenten) und Innenminister Storani im April 2001. Als Antwort auf diese politischen Konflikte verstärkte der Präsident einerseits die Präsenz seiner treuesten Anhänger in der Regierung. Sein eigener Bruder, Jorge De La Rúa, wurde beispielsweise im Oktober 2000 zum Justizminister ernannt.² Andererseits bildete der Präsident ein informelles Bündnis mit Domingo Cavallo und seiner Partei *Acción por la República* (Aktion für die Republik), das zur Ernennung Cavallos als Wirtschaftsminister im März 2001 führte. Cavallo, als Wirtschaftsminister unter der Regierung Menems von 1991 bis 1996 prominent

geworden, gilt als Vertreter einer neoliberalen Wirtschaftspolitik. Wie zuvor erwähnt, ist die UCR hingegen eine grundsätzlich sozialdemokratische Partei, und FREPASO betrachtet sich als eine Partei der Linke. De La Rúa hatte zwar seine Präferenz für eine neoliberale Wirtschaftspolitik bereits vor der Ernennung Cavallos dokumentiert. Zur offenen Kontroverse mit der eigenen Koalition kam es aber erst nach dieser Entscheidung, insbesondere als deutlich wurde, dass der neue Minister keine schnellen Erfolge bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise liefern konnte.

Die Parteien der Allianz gerieten nach der Ernennung Cavallos schnell in eine Krise. Mehrere Abgeordnete der Regierungsfraktion unter Leitung von Elisa „Lilita“ Carrió (Abgeordnete der UCR) gründeten die bereits genannte oppositionelle Gruppe ARI. Seitdem übt ARI kontinuierlich heftige Kritik an der Regierung. Nicht nur die Wirtschaftspolitik wurde von der ARI stark angegriffen, sondern der Wirtschaftsminister selbst wurde als „Landesverräter“ gebrandmarkt und wegen vermutlicher Korruptionsdelikte denunziert.³ Bis kurz vor den Wahlen stieg die Popularität Carriós ständig, was besonders in der Hauptstadt ein ausgezeichnetes Wahlergebnis der ARI erwarten ließ. Dann konnte Wirtschaftsminister Cavallo jedoch öffentlich nachweisen, dass einige von Carrió vorgelegte Beweisstücke, die **Geheimkonten des Ministers im Ausland** dokumentieren sollten, eine eher zweitklassige Fälschung waren. Carrió beteuerte zwar ihre Unschuld bei der Beschaffung dieses Beweismaterials, ihr Beliebtheitsgrad sank jedoch prompt und nicht unbeträchtlich. Immerhin konnte die ARI bundesweit noch 8% der Stimmen erreichen und ist damit die drittgrößte politische Kraft in Argentinien geworden.

Die Schwierigkeiten des Präsidenten mit der eigenen Partei beschränken sich nicht auf die Abtrünnigen. Die Beziehungen zur Partei bleiben äußerst labil, was in der Wahlkampagne offen zum Ausdruck kam. Sowohl der ehemalige Staatspräsident Raul Alfonsín (1983-1989) als auch der ehemalige Kabinettschef Rodolfo Terragno kritisierten nicht direkt den Präsidenten, sie machten aber keinen Hehl aus ihrer Missbilligung der Wirtschaftspolitik und insbesondere des Wirtschaftsministers. „Der Präsident wäre ein Selbstmörder, würde er diese Wirtschaftspolitik beibehalten“, versicherte Terragno (La Nación,

² Für politische „Treue“ wird manchmal auf Blutsverwandtschaft gesetzt: eine irritierend vormoderne Konzeption der politischen Verhältnisse, die in Argentinien leider noch gewisse Akzeptanz genießt.

³ Elisa Carrió wurde im Mai 2001 von der Abgeordnetenkammer zur Vorstandsvorsitzenden des neu geschaffenen Untersuchungsausschusses für Geldwäsche und Korruption ernannt.

12.10.2001). Beide kandidierten um Senatorenposten im Bundeskongress. Terragno erhielt mit 21,43% der Stimmen das Mandat der Hauptstadt Buenos Aires (somit bleibt die UCR die größte politische Partei in der Hauptstadt). Alfonsín erlitt mit 14,98% der Stimmen gegenüber 37,55% vom Kandidat der Peronisten, Eduardo Duhalde, eine schmerzhaft Niederlage, erhält aber das Mandat der Provinz Buenos Aires für die Minderheit.

Zusammenfassend betrachtet, brachten die Entscheidungen des Präsidenten im Bereich der Wirtschaftspolitik und der Korruptionsbekämpfung seine Beziehungen zur Allianz, die ihn 1999 als Präsidentschaftskandidat aufstellte, ins Wanken. De La Rúa hat schon in der Vergangenheit Schwierigkeiten gehabt, die parlamentarische Unterstützung der Allianz für seine Gesetzesprojekte zu bekommen. Angesichts dieser Tatsache suchte er den Beistand der Peronisten, so dass einige für die Regierung lebensnotwendige Gesetze (wie das Gesetz zur Erklärung des „Wirtschaftsnotstands“ und das „Null-Defizit-Gesetz“) nur mit den Stimmen der peronistischen Kongressmitglieder verabschiedet werden konnten. Die politische Konstellation nach den Wahlen ist also nicht einfach für die Regierung, aber auch nicht völlig neu: Die parlamentarische Unterstützung muss von Fall zu Fall erkämpft werden.

Die Wahlergebnisse sollten der Regierung auf jeden Fall Anlass geben, ihre Strategie zur Bewältigung der politischen Krise zu revidieren. In unseren Augen macht die politische Entwicklung der letzten zwei Jahre deutlich, dass die von festen Koalitionen geleistete politische Unterstützung darüber entscheidet, ob eine Regierung ihre Glaubwürdigkeit sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich bewahren kann. Allerdings ist auch deutlich geworden, dass eine solche Unterstützung nur mittels einer konsequenten politischen Führung erhalten und konsolidiert werden kann.⁴

⁴ Es ist eine Tatsache, dass jeder Präsident in Argentinien mit politischen Schwierigkeiten rechnen muss, wenn der einmal beschlossene politische Kurs erhalten bleiben soll. Um nur ein prominentes Beispiel zu nennen: Die weitreichenden Marktreformen der 90er Jahre wurden von einem peronistischen Präsidenten, Carlos Menem, durchgeführt. Die Traditionen der Peronistischen Partei und die eigene Karriere Menems waren einem solchen Reformprogramm völlig entgegengesetzt. Die von Menem eingeführte ideologische Kehrtwendung brachte ihn jedoch nicht um den Beistand seiner Partei (mit Ausnahme einiger Austritte), die das Regierungsprogramm parlamentarisch unterstützte. Es muss aber betont werden, dass diese Unterstützung nur durch eine scharfsinnige und

Das angeschlagene Image des Präsidenten und seiner Regierung, seine Reputation als ein schwacher und wankelmütiger Staatslenker, der herrschende Eindruck über **einen Mangel an politischer Führungskraft**, all diese Umstände können immer noch durch den politischen Willen zu einem Koalitionskurs wettgemacht werden. Denn die Wahlniederlage hat die politische Konstellation vor den Wahlen nicht grundsätzlich verändert. Innerhalb dieser bisherigen Konstellation bräuchte die Regierung allerdings eine neue Strategie.

Perspektiven: Kann De la Rúa weiter regieren?

Wie schon angedeutet beeinträchtigt der Mangel an politischer Unterstützung die Entscheidungsfähigkeit der Regierung erheblich. Drei verschiedene Szenarien sind aufgrund dieser Ausgangskonstellation denkbar:

Im ersten (und für den Präsidenten besten) Szenario entscheidet sich De La Rúa dafür, Cavallo an der Spitze des Wirtschaftsministeriums zu bestätigen und so den eingeschlagenen Wirtschaftskurs zu konsolidieren. Die Regierung untermauert die Wirtschaftspolitik durch ein Abkommen mit wichtigen Figuren der Peronistischen Partei, denen Exekutivposten – einschließlich das Amt des Kabinettschefs – angeboten werden. Auf diese Weise entsteht ein **Koalitions-Präsidentalismus** nach brasilianischem Vorbild, der die parlamentarische Unterstützung für die Regierung garantiert.⁵ Der Rückzug der FREPASO aus der Allianz und aus der Regierung ist die erste Konsequenz dieses Szenarios. Die UCR übt weiterhin heftige Kritik am Wirtschaftskurs der Regierung, ein formaler Bruch wird jedoch ver-

konsequente politische Führung gesichert wurde, so dass sich die Alte Garde der Peronisten (die Gewerkschaften und die Honoratioren der Partei) durch die Allianz der Regierung mit den Faktoren der wirtschaftlichen Macht nicht vernachlässigt fühlte. Um dies zu erreichen, verteilte die Regierung u. a. selektive Anreize in Form von Exekutivposten und verschob die Durchführung von gewissen politischen Entscheidungen (wie bspw. der Arbeitsreform).

⁵ Im Mehrparteiensystem Brasiliens verfügen die Präsidenten in der Regel nicht über eine Mehrheit im Kongress. Um die Zustimmung zu Gesetzesvorhaben der Regierung zu sichern, schließen sie politische Abkommen mit verschiedenen Parteien. Diese Abkommen umfassen auch die Besetzung von Kabinettsposten mit Oppositionsmitgliedern. Vgl.: FIGUEIREDO, Argelina/ LIMONGI, Fernando, 2000: Presidential Power, Legislative Organization, and Party Behaviour in Brazil, in: Comparative Politics 32/2, 151-170.

hindert. Durch die große Koalition steigt die Glaubwürdigkeit Argentiniens auf den Finanzmärkten und die Wirtschaftslage erfährt 2002 eine Verbesserung. Der Präsident wird 2003 als Anführer einer „Nationalen Koalition“ wiedergewählt.

Im zweiten Szenario kann der Präsident **keine große Koalition mit den Peronisten** vereinbaren, bekommt jedoch deren parlamentarische Unterstützung für einzelne Gesetzesinitiativen. Dies bedeutet freilich keine große Neuerung, weil die Regierung bis zum heutigen Tag nur auf diese Weise ihre Pläne durchsetzen konnte. Die Zustimmung des Kongresses zu Gesetzesprojekten der Regierung bleibt selbstverständlich nicht gesichert. Demnach kann das Haushaltsdefizit kaum gedrückt werden, weil in jeder Verhandlung Gegenleistungen für die Opposition - besonders in Form von finanzieller Hilfe für die von den Peronisten regierten Provinzen - fällig sind. Die Wirtschaftskonjunktur bleibt düster: die Verpflichtung Argentiniens gegenüber dem IWF, den Haushalt der Provinzen zu sanieren, kann nicht eingehalten werden. Sowohl die Investoren als auch die Finanzmärkte setzen kein Vertrauen in eine schwache Regierung. Über die Wiederwahl De La Rúas 2003 wird nicht einmal spekuliert. Die UCR stellt als Präsidentschaftskandidaten Rodolfo Terragno auf. Die Peronisten gewinnen die Wahlen mit einer großen Mehrheit.

Im dritten Szenario sieht sich die Regierung von der eigenen Partei zu einer wirtschaftspolitischen Kursänderung gezwungen. Der Präsident nimmt den Rücktritt des Wirtschaftsministers in Kauf, die UCR kann jedoch kein wirtschaftspolitisches Alternativmodell präsentieren, das die Märkte überzeugt. Die Entscheidung für den wirtschaftspolitischen Kurswechsel wird von der Peronistischen Partei nicht mitgetragen. Diese erklärt sich nicht bereit, gemeinsam mit der Regierung einen „Sprung ins Ungewisse“ zu wagen. Die Regierung befindet sich folglich in einer Situation der Isolation und wird im Kongress von den Peronisten blockiert. Die Unsicherheit und die mangelnde Glaubwürdigkeit der Regierung wachsen stetig. Eine Welle von Streiks und sozialen Unruhen wird von den peronistischen Gewerkschaften ausgelöst. Ebenso wie sein Parteikollege Alfonsín 1989 muss Präsident De La Rúa **vor Ende seines Mandats zurücktreten**.

vor Ende seines Mandats zurücktreten. Vorzeitige Präsidentschaftswahlen werden 2002 einberufen.

Von den drei Szenarien wird aller Wahrscheinlichkeit nach das zweite eintreffen. Nicht zuletzt die Persönlichkeit des Präsidenten spricht gegen eine Veränderung der gegenwärtigen Lage. Das dritte Szenario kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. Der politische Druck auf Cavallo wird immer größer, solange seine Wirtschaftspolitik weiterhin keine guten Ergebnisse vorzuweisen hat. Die bisher gescheiterten Bemühungen der UCR-Abgeordneten Elisa Carrió, für angebliche Korruptionsdelikte Cavallos Beweismaterialien vorzulegen, könnten am Ende doch erfolgreich sein. Politisch kann der Wirtschaftsminister nur überleben, solange er über jeden Verdacht erhaben bleibt. Seine guten Beziehungen zu einigen Sektoren der Peronisten sind paradoxerweise die wichtigste Stütze Cavallos.

Das erste Szenario erfordert vor allem den politischen Scharfsinn des Präsidenten. Eine große Koalition mit der derzeitigen Regierung brauchen die Peronisten sicherlich nicht, um an die Macht zu gelangen: Die Wahlen 2003 gewinnen sie ohne Frage. Nachdem der ehemalige Präsident Menem wegen Korruptionsvorwürfen inhaftiert wurde, ist die Peronistische Partei jedoch führungslos geworden. Mindestens vier Kontrahenten ringen zur Zeit um die politische Führung, die eine sichere Kandidatur für die Präsidentschaft mit sich bringt: Duhalde, Ruckauf, De La Sota und Reutemann. Ein entscheidender Kabinettsposten bei der jetzigen Regierung könnte für einen der vier Rivalen verlockend sein, um sich eine Machtposition für den weiteren Kampf um die Führung der Peronistischen Partei zu sichern. Dies wäre gewiss ein gewagtes Manöver. Dennoch könnte es derjenige, der den Kampf innerhalb der Partei zu verlieren glaubt, trotzdem versuchen und sich dadurch am Ende womöglich noch als Sieger behaupten. Die wahren Streitigkeiten des peronistischen Nachlasses haben schließlich noch nicht angefangen. De La Rúa könnte diese Schwäche der Peronisten durchaus nutzen, um seine eigene wankende Machtposition noch rechtzeitig zu festigen.

Autorennotiz: Agustin Ferraro, Jurist, Dr. Phil. Universität Buenos Aires/ Universität Frankfurt (DAAD-Kooperative Promotion); Professor an der Universität Buenos Aires; seit April 2001 Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung am Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg; agustinferraro@yahoo.com. Mariana Llanos, Politikwissenschaftlerin, Dr. Phil. (University of Oxford); Projektmitarbeiterin am Institut für Iberoamerika-Kunde; mariana.llanos@public.uni-hamburg.de.

Lateinamerika JAHRBUCH 2001

Band 10

Herausgegeben von

Klaus Bodemer, Heinrich-W. Krumwiede,
Detlef Nolte und Hartmut Sangmeister
Schriftleitung: Wolfgang Grenz

Teil I: Aufsätze

Peter Nunnenkamp

Ist diesmal alles anders? Die neue Welle regionaler Integration in Lateinamerika aus europäischer Perspektive

Berlindes Astrid Küchemann

Erst kürzlich in der Staatsbürgerschaft angekommen. Wege, Vorschläge, Errungenschaften und Herausforderungen der Frauenbewegung in Lateinamerika

Jörg Faust

Aufstieg und Niedergang der mexikanischen Autokratie

Christian von Haldenwang

Standortpolitik – neue Rollen für Regionen und Kommunen in Lateinamerika

Teil II: Entwicklungen in Ländern und Regionen

Länderchronologien 2000, Basisdaten, Kennziffern zur demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung für alle Länder Lateinamerikas und der Karibik.

Frankfurt/M.: Vervuert 2001, ca. 340 S.

Einzelpreis: DM 35,00 – Abonnementspreis: DM 28,00 pro Ausgabe
jeweils zuzüglich Versandkosten

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Andreas Steinhilber; Susanne Gratius; Textverarbeitung: Jens Urban

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IK>